

Pressemitteilung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates

Integrationsgipfel: Debatte um Zuwanderung versachlichen

Anlässlich des heute stattfindenden Integrationsgipfels auf Einladung der Bundeskanzlerin in Berlin, erklärt der Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates, Dr. Karamba Diaby:

„Wir erwarten vom heutigen integrationspolitischen Dialog ein wichtiges Signal zur Versachlichung der seit Monaten laufenden, überhitzten „Integrationsdebatte“. Wir erhoffen uns von der Bundeskanzlerin, dass sie allen Bestrebungen und Äußerungen eine Absage erteilt, die mit Begriffen, wie Integrationsverweigerer, zugewanderten Menschen unter uns als Schuldige für vermeintliche Missstände in Deutschland stigmatisiert.

Ein modernes Einwanderungsland braucht eine Integrationspolitik, die Menschen vor Diskriminierung und Ausgrenzung schützt und nicht Ängste vor „Überfremdung“ durch Menschen von „anderen Kulturkreisen“ schürt.

Seit vielen Jahrzehnten engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund aus den verschiedensten Herkunftsländern und mit den unterschiedlichsten politischen und religiösen Prägungen für das Wohl der Gesellschaft. Gerade die vielen Integrationsbeiräte und Migrant*innenorganisationen in Deutschland stehen für diese Entwicklung. Auch aus diesem Grund brauchen wir wieder eine Kultur der Anerkennung und müssen weg von einer Debatte der Stigmatisierung, des Misstrauens und der Vorverurteilung.

Wir werden als Ausländer- und Integrationsbeiräte unsere Arbeit in den Kommunen weiter fortsetzen. Wir stehen weiterhin für Dialog und Kooperationsbereitschaft und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben.“

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

c/o Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für
Migration und Integration
Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55 118 Mainz

fon 06131-638435

fax 06131-679437

www.bundeszuwanderungsrat.de